Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK)

Beschluss

am 21./22. Mai 2015 in Perl

TOP 4.2: Monetäre Leistungen für Familien

Beschluss:

1. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Kinder, Jugend und Familie der Länder nehmen den Bericht der AGJF zur Kenntnis.
2. Die „Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland“ hat erstmals die Wirkungsweise und Effizienz zentraler familienpolitischer Instrumente mit Blick auf ausgewählte Ziele der Familienpolitik systematisch evaluiert und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass
 - die ehe- und familienbezogenen Leistungen überwiegend eine hohe Wertschätzung sowohl bei den Familien als auch in der Bevölkerung insgesamt genießen und
 - die zentralen familienpolitischen Ziele mit den untersuchten Leistungen vielfach gut und zielgenau erreicht werden.
3. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Kinder, Jugend und Familie der Länder stellen fest, dass die Familienleistungen nicht alle Familien gleichermaßen gut erreichen. Insbesondere ist es notwendig, Familien mit einer hohen Armutsgefährdung noch gezielter zu unterstützen. Unter Einbindung der Ergebnisse der Gesamtevaluation gilt es daher, Leistungen für diese Familien zielgenau weiterzuentwickeln, dadurch einen effizienten Mitteleinsatz zu gewährleisten und damit zum Wohlergehen von Eltern und Kindern beizutragen.

4. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Kinder, Jugend und Familie der Länder begrüßen die vorgesehenen Verbesserungen bei monetären Leistungen für Familien einschließlich steuerrechtlicher Regelungen. Insbesondere die geplante Anhebung des Kinderzuschlags und des steuerlichen Entlastungsbetrags für Alleinerziehende sind wichtige erste Schritte. Sie bitten die Bundesregierung, bei einer künftigen Weiterentwicklung von Leistungen für Familien einen besonderen Fokus auf die Armutsvermeidung von Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien zu legen. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Kinder, Jugend und Familie sehen hierfür insbesondere folgende Ansatzpunkte:

4.1. Das **Kindergeld** trägt substantiell zur finanziellen Stabilität von Familien bei. Als steuerrechtliche Regelung ist das Kindergeld bisher nicht als umfassende Existenzsicherung von Kindern konzipiert. Bei einer Weiterentwicklung des Kindergeldes könnte dieser Aspekt stärker in den Fokus genommen werden. Da Familien mit mehr als zwei Kindern ein größeres Armutsrisiko tragen, hält die JFMK eine stärkere Staffelung des Kindergeldes nach der Kinderzahl für prüfenswert.

4.2. Der **Kinderzuschlag** ist eine effektive Leistung, um Armutsrisiken zu begegnen; zugleich setzt er Erwerbsanreize. Nach Auffassung der JFMK gilt es, den Kinderzuschlag noch wirksamer auszugestalten und insbesondere auch für Alleinerziehende besser nutzbar zu machen. Dabei sollte insbesondere geprüft werden:

- die Anhebung der Höhe des Kinderzuschlages im entsprechenden Verhältnis zu den Regelsätzen des SGB II, um nicht doch auf SGB II-Leistungen angewiesen zu sein;
- die Aufhebung der Höchsteinkommensgrenze zur Stärkung der Erwerbsanreize und Öffnung für weitere Kreise von Ein- und Zweielternfamilien des unteren Einkommensbereichs;
- die Änderung der Anrechnung von Unterhalt und Unterhaltsvorschuss, um die Leistung für Alleinerziehende besser nutzbar zu machen sowie

die Einführung eines Mehrbedarfzuschlags für Alleinerziehende (ähnlich dem Mehrbedarfzuschlag im SGB II).

- 4.3. Die JFMK schlägt vor zu prüfen, ob der **steuerliche Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende** zu einer Steuerermäßigung in Form eines Abzugsbetrages von der Steuer umgestaltet werden kann. Durch die Umgestaltung werden Alleinerziehende in niedrigeren Einkommensbereichen besser entlastet.
5. Der **Unterhaltsvorschuss** ist von besonderer Bedeutung für Alleinerziehende. Die JFMK bittet daher die Bundesregierung, im Rahmen der laufenden Prüfung des Verhältnisses von Unterhaltsvorschuss zum SGB II auch die bestehenden Diskussions- und Kritikpunkte zu Leistungsdauer und -höhe in die Überlegungen einzubeziehen; bei etwaigen Modifikationen sind die Unterstützungsmöglichkeiten für Alleinerziehende bei der Schaffung von Unterhaltstiteln und deren Durchsetzung zu beachten. Die finanziellen Auswirkungen von Modifizierungen des Unterhaltsvorschussgesetzes sind in die Überlegungen mit einzubeziehen. Die Prüfung des Verhältnisses der Unterhaltsvorschuss- zu den SGB II-Leistungen darf nach Ansicht der JFMK im Ergebnis nicht zu Verschlechterungen für Alleinerziehende führen, etwa beim Leistungszeitraum.
6. Die JFMK bittet die Bundesregierung, die Auswirkungen des **Elterngeld Plus** auf verschiedene Familienformen in den Blick zu nehmen. Im Rahmen der Evaluation des Elterngeld Plus 2017 sollte daher überprüft werden,
 - ob ein Erwerbsumfang von 25 bis 30 Stunden als Voraussetzung für den Partnerschaftsbonus eine zu große Hürde für die Inanspruchnahme des Elterngeld Plus für Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern darstellt;
 - welche Wirkungen die Verlängerung des Bezugszeitraums durch das Elterngeld Plus auf kurze Geburtenfolgen hat.

7. Die JFMK begrüßt ausdrücklich die beabsichtigte Reform des **Wohngeld-**rechts zur Anpassung der Leistung an die aktuelle Wohnkostenentwicklung. Insbesondere die vorgesehene Neuausrichtung des Freibetrages für Alleinerziehende berücksichtigt deutlich die Mehrbelastungen durch die alleinige Pflege, Sorge und Erziehung von minderjährigen Kindern.
8. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Kinder, Jugend und Familie der Länder betonen, dass eine zielgenaue finanzielle Unterstützung von Familien entscheidend zu deren gesellschaftlicher Teilhabe und vor allem zum Wohlergehen der Kinder beiträgt. Dabei steht außer Frage, dass für ein ganzheitliches Unterstützungssystem für Familien auch infrastrukturelle und zeitpolitische Maßnahmen in den Blick zu nehmen sind. Bund, Länder, Kommunen, aber auch weitere zivilgesellschaftliche Akteure, wie die Wirtschaft und Gewerkschaften, sind dabei in der Verantwortung, entsprechende Rahmenbedingungen zur Unterstützung der Eltern in den verschiedenen Lebenslagen und für ein förderliches Aufwachsen der Kinder zur Verfügung zu stellen.